



Deutschland verrechnet sich – nicht nur im Solidarpakt

Führt man alle bislang erkennbaren, für die Weiterentwicklung unseres Landes bestimmenden Kerndaten wirtschaftlicher, sozial- und gesellschaftspolitischer sowie demographischer Natur zusammen, stellt man sie in den Kontext der sich um uns herum verändernden Welt und mißt man daran das gegenwärtige Verhalten von Politik und Gesellschaft, dann läßt dies bei objektiver, nicht auf Selbsttäuschung angelegter Betrachtung nur einen Schluß zu: Deutschland ist im Begriff, sich gewaltig zu verrechnen – und das auf so gut wie allen entscheidenden Ebenen.

Rechenfehler Solidarpakt

Schon das von der Politik als Beweis ihrer Handlungsfähigkeit gefeierte nationale Rechenwerk des sogenannten Solidarpakts gibt Anlaß zur Überprüfung unseres Umgangs mit den Grundrechenarten. Was nach monatelangem Tauziehen parteiübergreifend von Bund und Ländern vereinbart wurde, soll nach den Worten des Bundeskanzlers "die Finanzgrundlagen für die vor uns liegenden Jahre bis 1995 und darüber hinaus sichern", in schwieriger, von Rezession gekennzeichneter Lage den für eine Erholung in West- und Ostdeutschland unerläßlichen Wachstumskräften aufhelfen, klare Rahmenbedingungen setzen und den lähmenden innerstaatlichen Verteilungskämpfen den Boden entziehen. Angesichts der zur Lösung anstehenden Probleme nur zu berechnete Ziele.

Grund genug, den Solidarpakt – bei dem einzelne Vereinbarungen zwischen den Beteiligten längst wieder umstritten sind – einer näheren Betrachtung zu unterziehen und ihn an der Aufgabe selbst zu messen. Grund auch, mit wenigen Strichen zu skizzieren, worauf

es nunmehr ankommt, wenn wir uns nicht in falscher Sicherheit wiegen wollen.

Finanzwirtschaftliches Abenteuer

Der auf längere Sicht wohl folgenschwerste Mangel dieses zwischen Bund und Ländern geschürten Finanzpakts von Ausgabeverpflichtungen und Einnahmeerwartungen: Es läßt dem Bund einseitig Belastungen in einem Umfang auf, die dieser mit den bislang vorgesehenen Einnahmen nicht verkraften können wird. Zur *Ausgabenseite*: Mit 51 Mrd. Mark ab 1995 trägt der Bund beim Nettotransfer in die neuen Bundesländer die Hauptlast, während die Länder lediglich knapp 5 Mrd. zuschießen. Als Folge davon wird der Bund nach jetziger Vorausschätzung

1995 seine Ausgaben zu etwa 13 Prozent mit Krediten finanzieren müssen, während die kreditfinanzierten Ausgaben der alten Länder im gleichen Jahr bei lediglich 2,1 Prozent liegen dürften.

Die *Einnahmenseite* verstärkt das Ungleichgewicht. Die Beteiligung der Länder am Mehrwertsteueraufkommen wird von jetzt 37 Prozent auf voraussichtlich 44 Prozent erhöht, während dem Bund zur Finanzierung seiner Ausgabensteigerungen aus dem ab 1995 erhobenen Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent der Einkommensteuerschuld Mehreinnahmen in Höhe von etwa 28 Mrd. Mark zufließen dürften. Doch damit ist keine auch nur annähernde Gleichgewichtigkeit gegeben. Denn während der Solidaritätszuschlag nach einigen Jahren erklärtermaßen wegfal-

Der Solidarpakt in Kürze

- Von West nach Ost werden ab 1995 rund 56 Mrd. Mark fließen. Davon kommen 51 Mrd. vom Bund und knapp 5 Mrd. von den Westländern. Zum gleichen Zeitpunkt wird der Mehrwertsteueranteil der Länder von 37 auf 44 Prozent erhöht.
- Die Hilfen für den ostdeutschen Wohnungsbau werden aufgestockt. Das Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau verdoppelt sich von 30 auf 60 Mrd. Mark. Die Altschulden der ostdeutschen Wohnungsbaugesellschaften werden im wesentlichen vom Bund übernommen.
- Der Fonds Deutsche Einheit erhält 1993 einen Zuschuß von 3,7 Mrd. Mark.
- Der Kreditrahmen der Treuhandanstalt zur Sicherung industrieller Kerne und zur Beseitigung ökologischer Altlasten wird erweitert.
- Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden 1993 zusätzlich 2 Mrd. Mark zur Verfügung gestellt. Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Bafög werden nicht beschnitten.
- In Höhe von rund 9 Mrd. Mark sollen Ausgaben gekürzt und Steuersubventionen abgebaut werden.
- Ab dem Jahre 1995 wird auf die Lohn- und Einkommensteuer ein Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent erhoben. Voraussichtliche Mehreinnahmen für den Bund: 28 Mrd. Mark.

len soll, dürfte sich die zugunsten der Länder verschobene Aufteilung des Mehrwertsteueraufkommens zu einer dauerhaften Regelung mit Besitzstandscharakter verfestigen.

Auf eine knappe Formel gebracht: Der Bund hat sich, um endlich einen Konsens mit den Ländern zu finden, auf eine finanzwirtschaftlich abenteuerliche Entwicklung eingelassen. Mit der jetzt eingeschlagenen Richtung steuern wir auf eine Situation zu, in der dem Bund relativ wenige Mittel, dafür aber um so größere, in Hunderte von Milliarden gehende Belastungen ins Haus stehen – man denke nur an den viel länger dauernden Aufbau Ost, die Finanztransfers an die Europäische Gemeinschaft, die künftigen Hilfen für die mittel- und osteuropäischen Staaten, die Mittel für eine immer teurere Arbeitsmarktpolitik, die Zuschüsse zur Rentenversicherung und an die Kosten für den Ausbau der Verkehrswege sowie für die Entschuldung der bundeseigenen Bahnen.

Weitere gewaltige Hypotheken werden schon in den nächsten Jahren fällig. So wird sich die Altersstruktur der Bevölkerung binnen kurzem deutlich verschlechtern. Das bringt die gesetzliche Rentenversicherung, bei der schon jetzt eine Anhebung um 1,5 Prozentpunkte im Gespräch ist, und die gesetzliche Krankenversicherung unter zusätzlichem Druck und wird die Kosten für die von Anfang an falsch konzipierte und unsolid berechnete Umlage-Pflegeversicherung in die Höhe schnellen lassen und, da diese sich in den Betrieben als zusätzliche Personalkosten niederschlagen, überdies viele Arbeitsplätze bedrohen. Ohne Weichenstellungen im Sozialsystem und in der Finanzpolitik ist damit zu rechnen, daß die verglichen mit anderen Staaten ohnehin schon beträchtliche Abgabenquote (siehe Grafik) noch weiter ansteigen wird.

Kurzum: Ein Pakt, der diese Entwicklungen vernachlässigt, trägt schon den Keim künftiger gesellschaftlicher Konflikte in sich selbst.

Kein Spar- und Wachstumspakt

Um diese Konflikte zu vermeiden, hätte Konsolidierung zur Richtschnur des Solidarpakts gemacht werden müssen. Doch von den ursprünglichen Beteuerungen, die öffentliche Haushalte mit dem notwendigen Einsparwillen auf dieses Ziel hin zu durchforsten, ist nicht viel übriggeblieben. Ausgabenkürzungen und Abbau von Steuervergünstigungen sind mit zusammen rund 9 Mrd. Mark ausgesprochen mager ausgefallen. Sozialausgaben wurden dabei zum Tabu erklärt. Statt dessen will der Bundesarbeitsminister die einzusparenden Milliarden mit verstärkten Mißbrauchskontrollen hereinholen, was schon für sich genommen ein bezeichnendes Licht auf die bisherige Praxis wirft. Da es nach aller Erfahrung aber eher fraglich ist, ob die Ausgabenkürzungen auch realisiert werden können und da den Berechnungen überdies eine wohl zu optimistische Konjunkturerwartung für 1994 und danach zugrunde gelegt

wurde, rücken eine noch höhere Neuverschuldung sowie weitere Steuererhöhungen in den Bereich des Wahrscheinlichen.

So ist schon die Anlage des Solidarpakts kontraproduktiv und setzt in ihren Auswirkungen die falschen Anreize: Die alten Länder können in ihrem Ausgabegebaren fast so weitermachen wie bisher, während der Bund, um seine Schulden bezahlen zu können, schon in absehbarer Zukunft noch mehr Schulden machen muß. Nach seriösen Schätzungen wird die Nettoneuverschuldung schon in diesem Jahr die Rekordhöhe von 70 Mrd. Mark erreichen. Eingeplant waren 43 Mrd. Mark. Ob die für 1995 mit knapp 64 Mrd. Mark prognostizierte Nettokreditaufnahme des Bundes eingehalten wird, dürfte ebenfalls mehr als fraglich sein. Doch selbst damit würde Deutschland das in Maastricht vereinbarte Beitrittskriterium für die Europäische Währungsunion – ein Haushaltsdefizit von unter 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – glatt verfehlen.

Und da die Aufnahme neuer Schulden nicht ausreichen wird, sind zusätzlich

Abgabenquote im internationalen Vergleich 1992

(Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes)



Quelle: Deutsche Bundesbank

FI-Grafik

zur Solidaritätsabgabe weitere Steuererhöhungen eingeplant – u.a. Änderungen bei der Besteuerung von Renten, Erhöhungen der Vermögensteuer bei Privatpersonen, der Versicherungssteuer sowie aller Wahrscheinlichkeit nach auch der Mineralölsteuer. Insgesamt ist 1995 mit zusätzlichen Steuererhöhungen im Umfang von 42 bis 50 Mrd. D-Mark zu rechnen.

Um die vor uns liegenden Aufgaben ohne erhebliche Einbußen beim Lebensstandard bewältigen zu können, ist vor allem eine langanhaltende Phase wirtschaftlichen Wachstums notwendig. Sie allein würde es erlauben, sozialen Konflikten und lähmenden Verteilungskämpfen vorzubeugen.

Doch Wachstumsimpulse gehen vom vereinbarten Sozialpakt gerade nicht aus. Er ist kaum mehr als eine Übereinkunft zur Umverteilung erdrückender öffentlicher Lasten – zumeist zum Nachteil des Bundes, der seine bisherigen Schulden schon kaum tragen kann, und in jedem Fall zum Nachteil des Steuerzahlers, in dessen Interesse es läge, wenn der Dschungel öffentlicher Ausgaben endlich gründlich gelichtet würde. Stattdessen ist der vermeintliche Solidaripakt zum Abgabepakt geworden, der geradezu vereitelt, was er schaffen sollte: die Voraussetzungen für eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft und für anhaltendes Wirtschaftswachstum.

Vernachlässigung des Standorts

Darin kommt eine gefährliche Vernachlässigung der Standortbedingungen zum Ausdruck, die für deutsche Politik prägend geworden ist. Auch das Vorhaben eines Standortsicherungsgesetzes ändert daran wenig. Es sieht im Kern vor, den Körperschaftsteuersatz auf einbehaltene Gewinne von 50 auf

44 Prozent, bei ausgeschütteten Gewinnen von 36 auf 30 Prozent zu senken. Um die der Einkommensteuer unterliegenden gewerblichen Gewinne nicht schlechterzustellen, sollen auch sie nicht höher als mit 44 Prozent belastet werden. Trotz der damit verbundenen Verletzung der Steuersystematik ist dies ein Schritt in die richtige Richtung – zumal die längst fällige Reform der Gewerbesteuer die Kraft der Politiker wohl auch weiterhin überfordern dürfte.

Als investitionspolitisch eher kontraproduktiv dürfte sich aber erweisen, daß der Gesetzgeber eine Gegenfinanzierung durch die zunächst Entlasteten vorsieht: Im Gegenzug zur Steuersenkung sollen die Abschreibungsbedingungen durch Rückführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter von 30 Prozent auf 25 Prozent und für Betriebsgebäude von 10 Prozent auf 7 Prozent verschärft werden. Die Bundesregierung rechnet damit, daß die daraus resultierende Mehrbelastung der Unternehmen im Zeitraum bis einschließlich 1996 den Entlastungseffekt auf der Steuerseite gerade kompensiert.

Zwar ist richtig, daß eine geringere Abschreibung primär dazu führt, daß die auf ein Investitionsprojekt entfallende Steuerschuld zeitlich vorgezogen, nicht aber erhöht wird (wenn man den entgangenen Zinsgewinn durch eine zeitlich verzögerte Steuerzahlung einmal vernachlässigt). Für den Zeitraum bis 1996 – und möglicherweise noch für eine ganze Reihe weiterer Jahre – gilt jedoch, daß im Vergleich zum Status quo derjenige entlastet wird, der wenig investiert und infolgedessen wenig abzuschreiben hat, während die investierenden Unternehmen unter dem Strich höher belastet werden. Gewerbliche Investitionen werden damit steuerlich diskriminiert.

Die Folgen sind absehbar: Das Standortsicherungsgesetz wird die notwendige Investitionsdynamik nicht anregen können und behindert mit Gewißheit solche gewerbliche Investitionen, deren Rentabilität von guten Abschreibungsbedingungen abhängt, also Investitionen mit kurz- bis mittelfristigem Zeithorizont. Darunter fallen vor allem Investitionen kleiner und mittelständischer Unternehmen, denen gerade in den neuen Bundesländern eine Schlüsselrolle zukommt. Hier rächt sich, daß das Standortsicherungsgesetz nicht in den Solidaripakt eingebunden wurde, was eine geeignetere Form der Gegenfinanzierung möglich gemacht hätte.

Bei den gegenwärtigen Bedingungen und Weichenstellungen ist mit einem Aufschwung im Jahre 1993 kaum zu rechnen, und selbst für 1994 ist die Ausgangslage nicht gerade vorteilhaft. Wenn die Konjunktur sich verhältnismäßig schnell wieder erholen soll, müßte der Staat wirklich wachstumsfördernde Maßnahmen ergreifen, und es müßte darüber hinaus zu einer drastischen Revision der Lohnpolitik kommen. Doch beides ist nicht in Sicht.

Dabei ist eine rasche Überwindung der Rezession dringend geboten. Gerade die neuen Bundesländer müssen daran besonders interessiert sein. Sie müssen sich vor allem im Westen neue Märkte erschließen. Zudem benötigen sie Investitionen aus dem Westen, die teilweise ausgesetzt oder zeitlich gestreckt werden, wenn der Gesamtmarkt mit den bestehenden Kapazitäten bedient werden kann. Kapazitätsengpässe in den alten Standorten schaffen ein Klima, das auch Regionen, in denen noch Reserven vorhanden sind, rasch mit neuer industrieller Substanz füllt – und zwar besonders schnell, wenn wie in den neuen Bundesländern Standortnachteile durch staatliche Fördermaßnahmen kompensiert werden.

Gefahrenherd Lohnkosten

Zu einem Solidarpakt, der kein Torso bleiben will, gehört die Einbindung der Tarifpartner. Solange die privaten Verteilungsansprüche nicht der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft angepaßt werden, ist auf der Kostenseite keine Entlastung zu erwarten. Dies gilt insbesondere für die Lohnpolitik in den neuen Bundesländern. Ihre wirtschaftliche Erneuerung ist vor allem ein Zeitproblem: Die Marktwirtschaft wird die strukturellen Probleme in den neuen Bundesländern lösen. Aber sie braucht Zeit, um so mehr, wenn ihr zuwiderlaufende Regulierungen und Investitionshemmnisse fortbestehen und die Löhne weiterhin der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft weit voraneilen.

Die Löhne in den neuen Bundesländern sind nach wie vor weit höher als die Produktivität der Arbeit. Die Schere beginnt sich zwar zu schließen: Die Lohnstückkosten im Osten liegen "nur" noch um 70 Prozent über denen der westlichen. Aber um welchen Preis! Die augenblicklichen Produktivitätssteigerungen sind in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Betriebe in hohem Maße unterproduktive Arbeitskräfte entlassen haben. Damit steigt die Durchschnittsproduktivität. Da diese Entwicklung anhalten wird, ist damit zu rechnen, daß sich die auf die abhängigen Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote auf über 18 Prozent steigern wird. Noch im Jahre 1991 lag sie im Jahresdurchschnitt noch bei 11,6 Prozent.

In den Jahren 1990 bis 1992 stiegen die Löhne in den neuen Bundesländern mit Jahresraten von über 20 Prozent. Ein Vergleich mit dem Ausland macht den dabei zurückgelegten Höhenunterschied deutlich: 1989 nahm die DDR ungefähr das Lohnkostenniveau der Türkei ein, heute stehen die neuen Bun-

desländer etwa auf der Lohnhöhe der Industriemacht Japan. Doch durch die Lohnsteigerungen im Gefolge der Währungsumstellung ist der im Osten vorhandene Anlagenbestand fast schlagartig entwertet worden: Bei solchen Löhnen läßt sich mit den alten, zeit- und kräfteraubenden Anlagen nicht wirtschaftlich, sprich kostendekend produzieren. Sie sind damit unbrauchbar geworden. Der dadurch noch weiter beschleunigte Zusammenbruch der Wirtschaft in den fünf neuen Ländern liegt also in der Konsequenz der bewußt getroffenen (lohn-)politischen Entscheidungen, die in höchstem Maße marktwidrig waren.

Von den Ende 1990 gezählten 7,7 Millionen Arbeitnehmern sind in den neuen Bundesländern heute nur noch etwa 5,7 Millionen regulär beschäftigt – eine Million davon auf Arbeitsplätzen, deren Erträge die Lohnkosten nicht decken. Nach sorgfältigen Schätzungen wird eine Lohnanpassung nach dem 1991 vereinbarten Stufenplan bis 1996 weitere 750.000 Arbeitsplätze gefährden und öffentliche Transferleistungen in Form von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von zusätzlichen 30 Mrd. Mark verschlingen. Es ist abzusehen: Was von der Industrie der ehemaligen DDR noch übriggeblieben ist, wird im internationalen Wettbewerb nicht bestehen können und bis auf geringe Reste verschwinden. Die Transfers von Ost nach West hingegen steigen weiterhin steil an. Für 1993 werden sie auf brutto 238 Mrd. Mark eingeschätzt. Und sie werden schwindelerregende Höhen erreichen, wenn die Einkommen der Produktivität weiter voraneilen. Setzt sich der bisherige Trend der Lohnsteigerungen fort, so sind im Jahre 1996 Transfers von West nach Ost in der Größenordnung von weit über 300 Mrd. Mark nicht auszuschließen.

Gewiß, im Falle der neuen Bundesländer gab es für raschere Lohnerhöhungen neben handfesten Gruppeninteressen und wahltaktischem Kalkül durchaus diskussionswürdige Gründe – vom befürchteten Exodus der arbeitenden Bevölkerung gen Westen bis zur Forderung, die Deutschen östlich der Elbe nicht allein für diejenigen Folgelasten des Weltkriegs aufkommen zu lassen, die aus der ihnen aufgezwungenen sozialistischen Zwangs- und Mißwirtschaft herrühren, während die Deutschen westlich des Eisernen Vorhangs sich dank ihrer marktwirtschaftlichen Grundordnung in vierzig Jahren einen beträchtlichen Wohlstand schaffen konnten. Dennoch: Heute dürfte das Hinausschieben der vollen Lohnangleichung keine größeren Wanderungsbewegungen mehr auslösen. Das belegen Erfahrungen in vielen anderen Volkswirtschaften, die – anders als wir – nicht von absolutem Gleichheitsdrang besessen sind und deshalb Lohnunterschiede zwischen verschiedenen Regionen für selbstverständlich ansehen.

Fragwürdige Erhaltung industrieller Kerne

Verrechnen werden wir uns auch dann, wenn wir der unter Politikern wachsenden Neigung nachgeben, in den neuen Bundesländern sogenannte industrielle Kerne ohne Rücksicht auf Markt-, Gewinn- und eigenständige Überlebenschancen zu erhalten. Die Absicht mag zunächst verständlich erscheinen. Gesamtwirtschaftlich ist sie in höchstem Maße schädigend. Und da politisch nicht vernünftig sein kann, was sich als wirtschaftlich ruinös erweist, ist sie auch politisch nicht tolerabel.

Diese "Kern"-Idee, zunächst als Einladung an die Gewerkschaften zum Beitritt in den Solidarpakt gedacht, hat bereits politisches Eigenleben entfaltet. Für Politiker, die Zukunftsorientierung

und "Handlungsfähigkeit" unter Beweis stellen wollen, eröffnet sich hier ein ideales Betätigungsfeld, weil viele Wähler es für naheliegend halten, daß der Staat sich um die entscheidenden Bereiche der Wirtschaft kümmert. Aber gerade weil das Beackern des Feldes der Industriepolitik für Volksvertreter so anziehend wirkt, besteht die Gefahr, daß dabei weniger das sachlich Gebotene als das politisch kurzfristig Nützliche im Vordergrund steht.

Mit der Aufgabe, die bisherigen Staatsunternehmen in den neuen Bundesländern in private Hände überzuführen, ist eine eigene öffentlich-rechtliche Agentur, die Treuhandanstalt, betraut. Jetzt, unter der neuen politischen Devise der Erhaltung industrieller Kernbereiche, wird bei ihr verstärkt das eigene Sanieren vor dem Privatisieren angemahnt. Mit Hinweis auf Unternehmensbeteiligungen des Bundes nach dem Zweiten Weltkrieg soll eine Gleichbehandlung der Staatsunternehmen im Ostteil unseres Landes eingefordert werden. Doch der Staat ist gegenüber dem privaten Erwerber eines Unternehmens in der Regel der schlechtere Sanierer. Letztlich läßt sich das erforderliche Investitionskapital und insbesondere das unternehmerische Know-how nur durch konsequentes Privatisieren (zurück-) gewinnen. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit der alten Bundesrepublik zeigen, daß staatliche Stellen eine rasche, erfolgreiche Sanierung kaum zustande bringen. Sie tendieren eher dazu, eine Sanierung so lange und kostenreich fortzusetzen, bis das vermeintliche Sanierungsvorhaben in eine Steuergelder verschlingende Dauersubvention mündet, aus der sich zu befreien der Politik die Kraft fehlt.

Die zahllosen staatlichen Mißerfolge auf diesem Gebiet sind kein Zufall. Sie beruhen auf dem Trugbild einer vermeintlich allwissenden öffentlichen

Verwaltung, die umfassender denken und den künftigen Bedarf besser erkennen könne als die nur auf wenige Märkte spezialisierten Unternehmer. Doch schon jetzt ist abzusehen, daß die Unternehmen, die von Staats wegen erhalten werden sollen, zu einem guten Teil Branchen angehören, die bei uns schrumpfen müssen, wenn wir Hochlohnland bleiben wollen. Diese Strukturen zu erhalten, macht wenig Sinn. Sich mit Subventionen gegen eine Änderung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung zu stemmen, ist nicht nur ungemein kostspielig. Es behindert auch die wirtschaftliche Entwicklung der Länder, gerade in Osteuropa und der Dritten Welt, denen wir unentwegt unsere Hilfsbereitschaft versichern.

Es kommt erschwerend hinzu, daß staatliche Unternehmen allzu leicht geneigt sind, der Forderung nach marktwidrigen Lohnsteigerungen nachzugeben. Sie spekulieren dabei – und nicht zu unrecht, wie die Erfahrung aus der Vergangenheit zeigt – auf den Griff in die Staatskasse zur Subventionierung der Löhne. Darauf setzt offenbar auch die IG Metall in den noch bei der Treuhand befindlichen Unternehmen. Obwohl sie selbst einräumt, daß schon die bisherigen Tarifsteigerungen und erst recht ein Lohnsprung von 26 Prozent für viele Unternehmen nicht mehr finanzierbar ist, beharrt sie weiterhin auf Einhaltung des Stufentarifvertrages aus dem Jahre 1991 und ist hierfür sogar zum Streik bereit. Es dürfte mehr als zweifelhaft sein, ob der Inhalt eines Tarifvertrages, der Verpflichtungen Dritter – nämlich der Steuerzahler – einfordert, noch mit dem Geist der Tarifautonomie zu vereinbaren ist. Das Nachsehen hätten überdies die schon privatisierten oder neugegründeten Unternehmen. Da ihnen solche Subventionen nicht zur Verfügung stehen, werden die vorgesehenen Tarifsteigerungen bei ihnen Arbeitsplätze kosten.

Angesichts der angespannten Finanzlage der öffentlichen Kassen müßte die Erhaltung der industriellen Kerne schließlich auf Kosten der Förderung neuer Arbeitsplätze gehen. Ein Solidaripakt aber, der Ausdruck einer erhaltungsorientierten und nicht einer zukunftsgerichteten Wirtschaftspolitik in den neuen Bundesländern ist, führt in die Irre. "Man kann mit solchen Versuchen die Vergangenheit vielleicht noch eine Zeitlang verteidigen, aber die Zukunft nicht gewinnen." (Olaf Sievert).

Gefahrenherd Marktverstöße

Von allen Fehlern aber ist der am verhängnisvollsten: Wir tun so, als sei Marktwirtschaft ein Instrument, das man ein- und ausschalten kann, wie es der Augenblicksstimmung beliebt. Ausgeschaltet wird Marktwirtschaft nicht nur durch die augenfälligen Verstöße gegen das Gebot solider Staatsfinanzen oder durch die Mißachtung des unauflöslichen Zusammenhangs von Produktivität und Lohn. Ausgeschaltet wird sie auch durch alle jene Praktiken, die sich in das Tragwerk unserer Gesellschaft eingefressen haben wie Rost in den Stahl: durch marktwidrige Regulierungen als Bremse für Eigeninitiative, durch degenerierende Sozialsysteme ohne gesunde marktwirtschaftliche Anreize, durch Subventionen, die auf Kosten des technischen Fortschritts an überholten Strukturen festhalten und mit dieser Modernitätsverweigerung mehr Arbeitsplätze gefährden als sie zu retten vorgeben. Und durch immer größere Verwaltungsapparate ohne Sinn für Effizienz und Kostenbewußtsein. Mit allen diesen Eingriffen kommen wir dem von Wilhelm Röpke vorausgesagten Punkt nahe, an dem "der verbleibende Rest der Marktwirtschaft seinen Dienst versagt". Es dahin treiben zu lassen, wäre der größte aller Kalkulationsfehler. Danach würde keine unserer Rechnungen mehr aufgehen.

Rezession als Reinigungschance

Die gegenwärtige Rezession bringt viele unserer tiefsitzenden Defizite ans Licht. Sie bietet uns damit aber auch die Chance, unserer Volkswirtschaft die stabilitätspolitische Konstitution wiederzugeben, mit der sie den nächsten Aufschwung schaffen kann. Was die Politik hierfür leisten muß, ist seit der Wende 1982 bekannt und seinerzeit zumindest teilweise umgesetzt worden: Entschlossener Abbau marktwidriger Regulierungen, konsequente Kürzung von Subventionen, Begrenzung des ausufernden Sozialsystems durch marktwirtschaftliche Anreizmechanismen, durchgreifende Privatisierung öffentlicher Leistungen und ein stabilitätsgerechtes Finanzgebaren des Staates. Das alles gehört ebenso zur Stärkung der Wachstumskräfte wie eine an der Produktivität orientierte Lohnpolitik.

Zugespielt formuliert: Es ist höchste Zeit, Staat und Politik auf ihre eigentlichen Aufgaben zurückzuführen und das Individuum wieder in seine Rechte einzusetzen. Es ist mit Händen zu greifen, daß die Politik sich übernommen hat. Ihre ursprüngliche Aufgabe, bei begrenzter Daseinsvorsorge den verlässlichen Rahmen für das Funktionieren eines Gemeinwesens freier, selbständiger Bürger zu bieten und sich auf Schaffung und Erhalt der dafür notwendigen Voraussetzungen zu beschränken, ist längst aus dem Blickfeld geraten. Statt dessen ist die öffentliche Hand im Laufe eines jahrzehntelangen, wohlfahrts- und sozialstaatlich ausgegerichteten Erosionsprozesses zum vermeintlichen Garanten des Lebensglücks aller pervertiert.

Der beschlossene Solidaripakt paßt nahtlos in dieses Bild: Er trägt zur Lösung der Probleme nichts bei – und kann es auch nicht, solange Politik und Gesellschaft dem Verständnis von "Solidarität" nicht seine Würde und Kraft wiedergeben.

Gebot der Stunde: Der "Solidarität" ihren Sinn wiedergeben

Das Solidaritätsverständnis des Bonner "Pakts" ist Ausdruck reiner Verteilungsmentalität, bei der es den Beteiligten darum geht, möglichst viel von der errechneten Masse auf Kosten anderer für sich und die eigene Klientel herauszuholen. Wir sind "solidarisch" im Einfordern. Auf die zunächst mit Anstrengung und Einbußen verbundene Solidarität zur Erreichung eines größeren gemeinsamen Zieles wie das, die Zukunft unserer Kinder zu sichern, sind wir längst nicht mehr eingestellt. Im Gegenteil. Der kürzlich erfolgte Appell des französischen Staatspräsidenten "Jetzt müssen alle für das Fortkommen Frankreichs arbeiten" würde bei uns verständnislos belächelt oder beargwöhnt.

In diesem Unverständnis zeigt sich – über das nationale Defizit hinaus – erschreckender Wirklichkeitsverlust. Wir führen uns kollektiv so auf, als genösse ausgerechnet Deutschlands Wohlbefinden Bestandsschutz, sind aber immer weniger bereit, ständig und aufs neue an den Voraussetzungen dafür zu arbeiten.

Während andere Länder vor unserer Haustür um uns herum die Wiedergewinnung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zur gemeinsamen Aufgabe machen,

sich harte wirtschaftliche Fitnessprogramme verordnen und ohne viele Worte solidarisch die zu hohen öffentlichen Ausgaben kappen, liegen bei uns die politischen Parteien, Tarifpartner und Interessengruppen in einer schon fast ritualen Dauerkonfrontation. Während die Welt sich wandelt, während auch auf der internationalen wirtschaftlichen Bühne längst ein neues Stück gespielt wird, in dem neue Akteure kraftvoll auftreten und ihre Vorteile ausspielen, werden bei uns noch die überholten Rollen gespielt und die alten Texte aufgesagt. So jagen wir inmitten einer der größten Rezessionen der Nachkriegszeit und angesichts der alle Kräfte fordernden Jahrhundertaufgabe der deutschen Wiedervereinigung unsere wertvollen Kräfte durch den Kamin, statt sie in einer großen Anstrengung zusammenzufassen.

Der Schluß drängt sich auf: Uns sind die Einsichtsfähigkeit in die eigene Lage, die Beurteilungs-, Politik- und Handlungsfähigkeit abhanden gekommen und damit die elementarsten Ressourcen eines Volkes, um mit seinen Problemen fertig zu werden und bestehen zu können. Der allgemeinen Orientierungslosigkeit entspricht der Glaube an immer neue, Wunder wirkende Konzepte und Schlagworte. Das von der "Gemeinschaftsinitiative" scheint das nächste zu werden. Dabei ist nichts anderes nötig als ruhige, konsequent marktwirtschaftlich angelegte Aufbauarbeit und Aufklärung. Darauf und auf nichts anderes müssen die politischen und gesellschaftlichen Kräfte sich umgehend verständigen, damit für Deutschland und für seine Menschen, die jetzt hier leben und heranwachsen, die Rechnung wieder aufgehen kann.